

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

67. Sitzung
18. Februar 2021

Beginn: 15.00 Uhr
Schluss: 18.10 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) beantragt für die Koalitionsfraktionen, den Tagesordnungspunkt 4 aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung zu vertagen. – Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Was ist die Ursache und das folgende Verfahren für die Streichung von Förderstunden für die Berliner Schulen vor dem nächsten Schuljahr 2021/22?“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) entgegnet auf die Frage von **Regina Kittler** (LINKE) [zugeschaltet], dass keine Stunden gestrichen, sondern Lehrerstellen sogar aufgestockt würden. Inklusion und Sprachförderung hätten in den letzten Jahren zu ihren Schwerpunktthemen gehört. Berlin investiere diesbezüglich pro Schüler bundesweit am meisten. Mittlerweile gebe es dafür 4 000 VZÄ an den Schulen.

Die Schulen erhielten 100 Prozent laut Stundentafel, dazu 70 Prozent der Ressourcen zur Sprachförderung und Inklusion. Über den Einsatz der verbleibenden 30 Prozent solle bis zum 15. März in einem Gespräch zwischen Schulleitung und Schulaufsicht entschieden werden.

Dieses Vorgehen entspreche den Empfehlungen der Köller-Kommission in Bezug auf eine stärkere Steuerung und sei keineswegs ein Zeichen von Misstrauen. Bis zum Sommer werde man ausreichend Zeit und eine definitive Planungssicherheit haben.

Regina Kittler (LINKE) [zugeschaltet] unterstreicht, dass die Folgen der Pandemie für die Kinder, die einen festgestellten Förderbedarf hinsichtlich Sprache oder Inklusion hätten, besonders gravierend seien. Eine Aufstockung der Stellen müsse es aufgrund des Schüleraufwuchses ohnehin geben. Die Schulaufsicht der einzelnen Bezirke stehe mit den Schulen in engem Kontakt. – Warum gebe es zunächst eine Kürzung und erst dann ein Gespräch mit der Schulaufsicht, in dem erläutert werde, wofür die Stunden benötigt würden? Wie könne die Senatorin das Misstrauensempfinden der Schulen entkräften?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) wiederholt, dass es keine Kürzungen geben werde. Die Schulen erhielten ihre Ressourcen spätestens am 15. März, nach den Gesprächen. In der schwierigen Lernsituation für die Kinder und Jugendlichen während der Pandemie habe SenBildJugFam Ressourcen für wissenschaftsbasierte Lernstanderhebungen an allen Schulformen – vor allem an der Grundschule – freigegeben.

Sie begrüße es, dass die Schulaufsicht mit den Schulleitungen in einen fachlichen Austausch trete, wie Ressourcen in der vorliegenden spezifischen Situation zur individuellen Sprachförderung und zur Verbesserung der Inklusion eingesetzt werden könnten. Das habe nichts mit Misstrauen zu tun. Das Abgeordnetenhaus als Haushaltsgesetzgeber habe selbst beschlossen, 105 zusätzliche Lehrerstellen dafür zu schaffen.

2. „Der Bedarf an Schnelllernerklassen in Berlin übersteigt schon seit Längerem das vorhandene Platzangebot. Vor dem Hintergrund eines aktuellen Berichts des Tagesspiegels frage ich den Senat, ob ein Ausbau der Plätze geplant ist, damit alle nachgewiesenen hochbegabten Kinder in unserer Stadt auch eine entsprechende Förderung erhalten.“
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet **Dirk Stettner (CDU)**, dass die Begabungsförderung ein zentrales Anliegen von SenBildJugFam sei. Das Konzept zur Begabtenförderung sei jedoch nicht auf die Schnelllernerklassen beschränkt, sondern wesentlich umfangreicher. Das Land Berlin habe ihres Wissens nach als einziges Bundesland ein schulübergreifendes Begabungsförderungskonzept entwickelt. Unter der Leitung von Prof. Trautmann habe ein Expertengremium dazu Empfehlungen erarbeitet.

Sie verweise auf das Programm „Begabtes Berlin“, das vom Land mit 2,1 Millionen Euro finanziert werde. Das Besondere dieses Programms sei, dass es sich nicht ausschließlich an Gymnasien, sondern an alle Schulformen richte. Die Schulen stellten sich unterschiedlich auf, was die Schwerpunkte betreffe: musisch, sportlich, naturwissenschaftlich oder sprachlich. Wenn sie als Bega-Schulen ausgewählt und zertifiziert würden, bekämen sie 35 000 Euro. – Die Schnelllernerklassen seien ein Baustein. SenBildJugFam sehe vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre hier keinen zusätzlichen Bedarf.

Dirk Stettner (CDU) interessiert, warum einzelne Schulen daran gehindert würden, weitere Schnelllernerklassen einzuführen, obwohl die Nachfrage vorhanden sei.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erläutert, dass es eine feste Anzahl an Schnelllernerklassen gebe. Gleichzeitig müssten aber mindestens genauso viele 7. Klassen aufgemacht werden. Auf diese Regelung habe sie sich mit den Verbänden verständigt. Sie besitze auch eine Verantwortung den Eltern gegenüber, die ihre Kinder sechs Jahre zur Grundschule schicken wollten. Diesen Eltern dürfe kein Nachteil entstehen, indem mehr Schnelllernerklassen eingerichtet würden.

3. „Welche Regelungen gelten hinsichtlich des kostenfreien Mittagessens an Grundschulen und inwiefern ist es geplant, den Jahrgangsstufen 1 bis 3 bei der Aufnahme des Präsenzunterrichts im Alternativszenario ein Mittagessen zu ermöglichen?“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet auf die von **Stefanie Remlinger** (GRÜNE) gestellte Frage, dass im Rahmen der Notbetreuung und für Kleingruppen von benachteiligten Schülerinnen und Schülern bereits Mittagessen in der Schule ausgereicht werde. Gemäß Absprache mit den Caterern könnten die Schulen zwischen 11.00 und 14.30 Uhr ein Mittagessen anbieten – auch für die 1. bis 3. Klassen. Sie begrüße es, dass einzelne Bezirke darüber hinaus Familien – auch unabhängig vom Erhalt von Transferleistungen – ermöglichen, sich das Mittagessen vor Ort abzuholen. Teilweise hätten die Bezirke zuvor den Bedarf abgefragt.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt nach, ob sie es richtig verstanden habe, dass die Kinder, die im Wechselszenario vor Ort seien, ein Mittagessen erhielten.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bejaht das.

4. „Wie bewertet der Senat die Ergebnisse der aktuellen Studie der DAK, der zufolge im ersten Halbjahr 2020 deutlich mehr Kinder und Jugendliche in die Psychiatrie aufgenommen werden mussten als im Vergleichszeitraum im Vorjahr?“
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet auf die Frage von **Paul Fresdorf** (FDP), dass ihre Verwaltung noch keine detaillierte Auswertung der Studie vorgenommen habe; die Eckdaten seien bekannt. Die Zuständigkeit dafür liege ohnehin eher bei SenGPG, wenngleich sich auch der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie in der Vergangenheit mit dem Thema psychische Belastungen beschäftigt habe. Angesichts des massiven Anstiegs der Krankenhausaufenthalte aufgrund von Depressionen mache sie sich große Sorgen über die psychische und soziale Situation der Kinder und Jugendlichen. Umso wichtiger sei es, die Schulen nach und nach wieder zu öffnen. SenBildJugFam habe von Beginn der Pandemie an versucht, niemanden aus dem Blick zu verlieren, Stichwort Lernbrücken und Sommerschule. Auch eine Neuauflage der Kinderschutzkampagne weise in diese Richtung.

Paul Fresdorf (FDP) erkundigt sich, ob aus dem Lernbrücken-Programm bereits Erkenntnisse darüber vorlägen, wie oft Kinderschutzfälle ausgelöst worden seien beziehungsweise Kindern und Jugendlichen durch Weitervermittlung an psychologische Stellen frühzeitig geholfen worden sei. Falls noch keine Erkenntnisse vorlägen: Wann sei damit zu rechnen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) stellt klar, dass solche Daten im Rahmen des Lernbrücken-Programms nicht erfasst würden.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) legt dar, dass die Kultusministerkonferenz im Vorfeld der letzten Konferenz der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten sich deutlich für eine sukzessive Öffnung der Schulen ausgesprochen habe – unter besonderer Berücksichtigung der unteren Klassen, die zuvor außen vor geblieben seien. Die von MPK und Kanzlerin getroffenen Entscheidungen hätten das aufgegriffen. Die KMK habe darüber hinaus einen Stufenplan aufgestellt, der bewusst nicht an Inzidenzwerte geknüpft sei. Letzteres treffe auch auf den von der Jugend- und Familienministerkonferenz bereits im vergangenen Frühjahr erarbeiteten und nun erneut diskutierten Stufenplan zur Öffnung der Kitas zu.

Der Senat habe ein 70-Millionen-Euro-Unterstützungspaket für Schulen und Kitas beschlossen. Darin enthalten seien unter anderem zusätzliche Luftreinigungsgeräte, weitere FFP2- und medizinische Masken, Schnell- und Selbsttests, zusätzliche mobile Endgeräte, Ressourcen für Lernunterstützung und im Bereich der Hilfen zur Erziehung, Osterschulen und Lernbrücken.

Die veränderten Bedingungen bei MSA und Abitur seien bereits Thema im Ausschuss gewesen. Die Beratung über die Änderung der schulrechtlichen Regelungen folge noch in der aktuellen Sitzung.

Die Lernplattform „Its learning“ als zusätzliches Angebot sei samt Auftaktveranstaltung auf den Weg gebracht worden. – Im Übrigen finde am 27. Februar der Berlin-Tag digital statt. Bisher hätten sich dazu bereits 1 500 Teilnehmer angemeldet.

Regina Kittler (LINKE) [zugeschaltet] fragt nach, wie viele mobile Endgeräte zusätzlich bestellt worden seien. Wer solle diese erhalten – die Schülerinnen und Schüler oder die Lehrkräfte? Falls die Lehrkräfte leer ausgingen: Wann würden die entsprechenden Geräte bestellt?

Hinsichtlich der Pflicht von Lehrkräften und Beschäftigten zum Tragen von FFP2-Masken in Schulen gebe es Irritationen. Was unternehme SenBildJugFam, um das klarzustellen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) entgegnet, dass das Tragen von FFP2-Masken eine Kann-Bestimmung sei. Sowohl solche als auch medizinische Masken würden den Schulen zur Verfügung gestellt.

Zu den Endgeräten sei zu sagen, dass inzwischen alle Bundesländer die Bund-Länder-Vereinbarung unterzeichnet hätten. Geplant sei, im März mit der Auslieferung der Geräte für die Lehrkräfte zu beginnen. Im vom Senat beschlossenen 70-Millionen-Euro-Paket seien aber auch 6 000 Endgeräte mit Video- und Streamingfunktionen enthalten, die für die Lehrkräfte vorgesehen seien. In der zweiten Phase, und zwar nach dem Sommer, kämen weitere 6 000 Geräte mit dieser Zweckbestimmung hinzu.

Regina Kittler (LINKE) [zugeschaltet] fragt, ob es tatsächlich so sei, dass die Menschen im Supermarkt und in den öffentlichen Verkehrsmitteln aufgefordert seien, eine FFP2-Maske zu tragen, während das in den Schulen nicht verlangt werde, obwohl nun mehrere Hunderttausend Stück für die dort Beschäftigten bestellt worden seien.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) sagt, das sei der Fall.

Der **Ausschuss** schließt die Behandlung des Tagesordnungspunkts ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

b) – vorgezogen –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse debattieren Virologen und Epidemiologen zum Infektionsgeschehen an Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen?

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

[0403](#)

BildJugFam

Siehe Wortprotokoll.

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche – Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen Raum, – für die Grund- und Oberschulen sowie Volkshochschulen und – für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen

(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)

BildJugFam

c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64

Absatz 3 der Verfassung von Berlin

Drucksache 18/3192

Verordnung über die Anforderungen an ein Schutz- und Hygienekonzept an Schulen während der Covid-19-Pandemie (Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung – SchulHygCoV-19-VO)

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP)
VO-Nr. 18/278

[0384](#)

BildJugFam

GesPflGleich

Haupt(f)

Hierzu:

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3192-1

**Verordnung über die Anforderungen an ein Schutz-
und Hygienekonzept an Schulen während der Covid-
19-Pandemie (Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung
– SchulHygCoV-19-VO)**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der
CDU, der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP)
VO-Nr. 18/278

[0384-1](#)

BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)

- d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3265

**Erste Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-
Covid-19-Verordnung**

(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/289

[0395](#)

BildJugFam
GesPflegGleich

- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3299

**Zweite Verordnung zur Änderung der Schul-
Hygiene-Covid-19-Verordnung**

(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/295

[0400](#)

BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt

- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3195

**Verordnung zur Sicherstellung der Staatsprüfung
für Lehrämter während der COVID-19-Pandemie
(SonderVSLVO-COV-19)**

(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 279

[0391](#)

BildJugFam

- g) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3264
Verordnung zur Anpassung von Regelungen für die Primarstufe und die Sekundarstufe I und II zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Schuljahr 2020/2021 (Schulstufen-COVID-19-Verordnung 2020/2021 – SchulstufCOV-19-VO 2020/2021)
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/288
[0394](#)
BildJugFam
- h) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3293
Verordnung zur Anpassung von Bestimmungen für die beruflichen Schulen in Berlin zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Schuljahr 2020/2021 (Berufliche-Schulen-COVID-19-Verordnung 2020/2021)
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/294
[0397](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt
- i) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3376
Dritte Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/312
[0408](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt
- j) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3377
Gesetz zur Anpassung schulrechtlicher Regelungen im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie im Schuljahr 2020/2021
[0409](#)
BildJugFam
- k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3391
Vierte Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/318
[0417](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner informiert darüber, dass zu TOP 2 j ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vorliege. – Sie halte fest, dass der Senat von einer Stellungnahme dazu absehe.

Dr. Maja Lasić (SPD) nimmt Bezug auf die vom Senat eingebrachte Vorlage unter TOP 2 j. Die damit verbundenen Gesetzesänderungen schüfen rechtliche Sicherheit für alle Anpassungen, die aufgrund der Pandemie als Ausnahme von den Regelungen des Schulgesetzes vorgenommen würden. Für die Koalitionsfraktionen bitte sie um die dringliche Überweisung an das Plenum, damit die Vorlage in der nächsten Plenarsitzung behandelt und rechtliche Klarheit hergestellt werden könne.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ergänze den in der Vorlage enthaltenden Maßnahmenkatalog und entspringe demselben Geist. Diejenigen Familien, die das Gefühl hätten, dass die Lernrückstände ihrer Kinder im laufenden Schuljahr stärker angewachsen seien, als sie im kommenden Schuljahr kompensiert werden könnten, sollten damit die Möglichkeit erhalten, dass ihre Kinder das Schuljahr freiwillig und ohne Anrechnung auf die Dauer der allgemeinen Schulpflicht wiederholen könnten. Die Möglichkeit solle nicht leichtfertig, sondern erst nach intensiver Beratung durch die Schule in Anspruch genommen werden können.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner fragt, ob der Ausschuss die unter TOP 2 aufgerufenen Vorlagen – zur Kenntnisnahme – zur Kenntnis nehmen wolle. – Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Sie schlage vor, die Besprechung zu TOP 2 a angesichts der Tatsache, dass zu diesem Thema in der aktuellen wie in der zurückliegenden Sitzung bereits Ausführungen getätigt worden seien, zu vertagen. – Sie stelle hierzu das Einverständnis des **Ausschusses** fest.

Franziska Brychcy (LINKE) teilt mit, dass sie zur Vorlage unter TOP 2 j Stellung nehmen und einen Punkt ergänzen wolle. – Ihre Fraktion sei unglücklich darüber, dass sich die Koalition nicht darauf habe einigen können, das Probejahr auszusetzen, um den Schülerinnen und Schülern den Druck zu nehmen. Vielmehr werde das Probejahr nur verschoben. – Die Möglichkeit der freiwilligen Wiederholung des Schuljahres erachte ihre Fraktion als notwendige Entlastung.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu TOP 2 j zur Abstimmung. – Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anzunehmen. Ferner empfiehlt er dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3377 in der zuvor geänderten Fassung.

Dr. Maja Lasić (SPD) erkundigt sich, ob das Anliegen der Dringlichkeit vernommen worden sei.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner bejaht das.

Der **Ausschuss** beschließt einvernehmlich die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2257
**Bildungsintegration Geflüchteter voranbringen –
OSZ als Lernorte stärken**

[0273](#)
BildJugFam(f)
IntArbSoz*
InnSichO*

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner gibt bekannt, dass dem Ausschuss die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse vorlägen. Sowohl der Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales als auch der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung empföhlen die Annahme des Antrags.

Franziska Brychey (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit auf den Bildungsgang IBA und die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter. Es sei zu prüfen, ob dieses Erfolgsmodell auf andere Bildungsgänge ausgeweitet werden könne. Ferner müsse die Aufenthaltssicherheit für die jungen Geflüchteten gegeben sein – nicht nur in der dualen Ausbildung, sondern auch bei IBA. Dieses Anliegen sei schon deshalb wichtig, weil die Übergangsquoten in die duale Ausbildung gut seien. – Sie bitte darum, das Berichtsdatum auf „30. September 2021“ zu ändern.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) äußert sich zustimmend zum Antrag. – Grundsätzlich bestünden drei Stufen: In den Willkommensklassen befänden sich aktuell 1 100 geflüchtete Schülerinnen und Schüler, in der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung 1 000 und in der dualen Ausbildung 600. Zusätzliche Sprachförderangebote und Somerschulen nähmen auch die beruflichen Schulen mit in den Blick.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) dankt der für berufliche Bildung zuständigen Abteilung bei SenBildJugFam, dass einige Punkte des mittlerweile fast anderthalb Jahre zurückliegenden Antrags schon verwirklicht worden seien. – Die Aufrechterhaltung des Antrags solle im Übrigen verhindern, dass in Zeiten eines abflauenden Zustroms von Einwanderern die strukturell aufgebauten und gut funktionierenden Mechanismen in Vergessenheit gerieten, und dafür sorgen, dass das System offen und atmend bleibe.

Andreas Wild (fraktionslos) spricht sich gegen den Antrag aus. Zwar sei es grundsätzlich zu begrüßen, dass Asylsuchende bzw. deren Kinder während der Prüfung des Antrags auf Asyl eine Ausbildung absolvierten, doch fiele die Entscheidung nicht schnell genug. Zudem wäre es besser, wenn die Entscheidung von vornherein außerhalb des Landes getroffen würde. Werde der von bereits im Lande befindlichen Personen gestellte Antrag auf Asyl abgelehnt, komme man auf die Idee, dass die Ausbildung dennoch beendet werden müsse. Dadurch würde sich der Aufenthalt verstetigen. Das widerspreche den rechtlichen Zugängen zu Deutschland.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme des Antrags Drucksache 18/2257 mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0356](#)
Familienservicebüros – Konzepte und Erfahrungen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0360](#)
**Berliner Familienzentren, FamilienServiceBüros,
Eltern- und Familienberatung – Qualitätsstandards
und Sichtbarkeit**
(auf Antrag der AfD-Fraktion) BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.11.2020

- c) Antrag der AfD-Fraktion [0402](#)
Drucksache 18/3309 BildJugFam
**Qualitätsstandards und Sichtbarkeit der
Familienzentren in Berlin
– Vorabüberweisung –**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.